

Bericht an den Gemeinderat

BearbeiterIn: Mag. Gerald NIGL

BerichterstellerIn:

GZ: A8/2-037979/2006 - 15

Graz, 17. November 2011

Betreff: **Parkgebühren-Verordnung 2006 / 8. Novelle**

Im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen für die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof war es erforderlich, die Regelungen von Kurzparkzonen am Europaplatz und in der Annenstraße zu ändern.

Die örtliche Festlegung von Kurzparkzonen fällt hinsichtlich von Gemeindestraßen in die Zuständigkeit des Stadtsenats und hat dieser daher in seiner Sitzung am 14. Oktober 2011, GZ. A 10/1-030619/2011-0005, eine Verordnung betreffend die Kurzparkzonen am Europaplatz und in der Annenstraße gemäß § 25 der Straßenverkehrsordnung erlassen.

Die Festlegung der Parkgebührenpflicht in diesen Kurzparkzonen obliegt dem Gemeinderat (§ 1 Abs. 1 des Steiermärkischen Parkgebührengesetzes 2006, LGBl. Nr. 37/2006.

Um sicher zu stellen, dass die Einhebung einer Parkgebühr für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in den mit Beschluss des Stadtsenates vom 14. Oktober verordneten Kurzparkzonen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen steht, ist vom Gemeinderat die entsprechende Gebührenpflicht mittels Verordnung fest zu legen.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen stellt der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle gemäß § 15 Abs 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 56/2011, sowie gestützt auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz, LGBl. Nr. 37/2006 und das Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 42/2010, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Verordnung beschließen.

Anlage

- Verordnung

**Parkgebühren-
Verordnung 2006 / 8. Novelle**

Der Bearbeiter:
Mag. Gerald NIGL
(elektronisch gefertigt)

Der Abteilungsvorstand:
Mag. Manfred MOHAB
(elektronisch gefertigt)

Der Finanzdirektor:
Mag. Dr. Karl KAMPER
(elektronisch gefertigt)

Der Finanzreferent:
Stadtrat
Univ. Doz. DI Dr. Gerhard RÜSCH
(elektronisch gefertigt)

Angenommen in der Sitzung des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses am


.....


Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) angenommen.
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt
Graz, am
Der / Die SchriftführerIn:

Die Kundmachung laut Beilage wird genehmigt.
Der Bürgermeister:

	Signiert von	Nigl Gerald
	Zertifikat	CN=Nigl Gerald,OU=Finanz- und Vermögensdirektion,O=Stadt Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2011-10-31T10:31:31+01:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

	Signiert von	Mohab Manfred
	Zertifikat	CN=Mohab Manfred,OU=Abteilung für Gemeindeabgaben,O=Stadt Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2011-10-31T14:54:25+01:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

A 8/2 – 037979/2006-15

Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 17. November 2011 mit der die Grazer Parkgebührenverordnung 2006 (ParkGebV 2006) geändert wird

Auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 56/2011, des Steiermärkischen Parkgebührengesetzes, LGBl. Nr. 37/2006 sowie des Statuts der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 42/2010, wird verordnet:

Artikel I

Die ParkGebV 2006, zuletzt kundgemacht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 7 vom 22. Juni 2011, wird wie folgt geändert:

1. Anlage I zu § 1 Abs. 1, Punkt A., Ziffer 2. lautet:

„Einzelne Straßenzüge

- a. Verordnung des Stadtsenates vom 27.8.2010, A 10/1-027265/2010-0004
- b. Verordnung des Stadtsenates vom 14.10.2011, A 10/1-030619/2011-0005

2. § 1 Abs. 3 lit a lautet:

„(3) Abweichend von Abs. 2 besteht die Gebührenpflicht in der

- a) mit Beschluss des Stadtsenates vom 27.8.2010, A 10/1-027265/2010-0004 für den Europaplatz – Postbereich und A 10/1-027264/2010-5 für den Europaplatz II – Bahnhofsvorplatz sowie vom 14.10.2011, A 10/1-030619/2011-0005 für den Europaplatz Nord verordneten Kurzparkzone täglich in der Zeit von 8 bis 22 Uhr;“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Dezember 2011 in Kraft.

Der Bürgermeister:
(Mag. Siegfried Nagl)